



Interviews

Datum: 9.10.2023

Bettina Klein im Gespräch mit Ricarda Lang, Bündnis 90/Die Grünen, Co-Vorsitzende

Bettina Klein: Wir sind jetzt verbunden mit einer der Vorsitzenden der Partei Bündnis 90/Die Grünen, mit Ricarda Lang. Schönen guten Morgen, Frau Lang.

Ricarda Lang: Hallo! – Guten Morgen.

Klein: Auch wir waren und sind eigentlich verabredet, um auch über den Wahlausgang gestern zu sprechen in Bayern und Hessen, über die bundespolitischen Konsequenzen. Ich würde, wenn Sie gestatten, trotzdem bei dem Thema anknüpfen, was wir eben hatten, denn auch Sie, die Grünen haben sich gestern solidarisch mit Israel gezeigt. Es sind viele verschiedene Überlegungen jetzt unterwegs, wie die Bundesrepublik reagieren könnte und sollte. Eine davon ist die Frage nach der Finanzierung der palästinensischen Autonomiebehörde, der Palästinenser-Gebiete. Befürworten Sie, dass das geprüft wird, und wenn ja in welcher Weise, wie konkret?

Lang: Zunächst einmal ganz kurz: Die Bilder, die wir am Wochenende aus Israel gesehen haben, sind absolut schockierend. Es kann keine Rechtfertigung für diesen Terror der Hamas geben und wir stehen ganz klar an der Seite Israels und auch an seinem Recht, sich selbst zu verteidigen.

Es gibt keine Zahlungen an die Hamas und auch keine an die palästinensische Autonomiebehörde und die darf es auch nicht geben. Das wird dauerhaft geprüft und wird auch weiterhin geprüft werden in enger Abstimmung mit Israel.

Ein Punkt, den ich auch noch wichtig finde, wenn wir schauen, was können wir gerade als Deutschland tun. Ehrlich gesagt wird mir schlecht, wenn ich sehe, dass teilweise auf deutschen Straßen jetzt an diesem Wochenende gefeiert wurde über diesen widerwärtigen Terror, und ich finde, hier müssen wir sehr, sehr hart durchgreifen, auch innenpolitisch.

Klein: Ich würde gerne ganz kurz beim Thema Finanzierung bleiben. Wir hören mal kurz einen Politiker, der auch für Ihre Partei lange im Deutschen Bundestag war: Volker Beck. Er ist heute Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Er hat sich dazu ganz konkret beim Sender Phönix am Wochenende wie folgt geäußert:

O-Ton Volker Beck: „Bislang zahlen wir einfach konditionslos und wir wissen seit Jahrzehnten, was in den Schulbüchern sowohl des UN-Flüchtlingshilfswerks als auch der PA steht. Das ist die Ideologie, die diese Terroristen, die Israel überfallen haben, auf die Straße gebracht hat und das ist bezahlt mit Geldern aus Deutschland, das ist bezahlt mit Geldern aus Brüssel. Wir haben da einen großen Einfluss und wir müssen ihn geltend machen.“

Klein: Sagt Volker Beck. Er fordert, das an konkrete Bedingungen zu knüpfen und auch an deren Einhaltung. – Sie sagen, da ist kein Nachbesserungsbedarf?

Lang: Wie gesagt, auch schon in der Vergangenheit wurde geprüft, wo Gelder hin bezahlt werden. Das wäre auch absurd, wenn es nicht so gewesen wäre, denn für uns ist doch alle klar, dass keine Gelder an die Hamas gehen können. Natürlich prüft man das auch weiterhin mit sehr, sehr genauem Augenmerk, auch die Fragen, die gerade aufgeworfen sind, denn niemand von uns kann akzeptieren, dass es in Schulbüchern zu einer Verharmlosung der NS-Verbrechen kommt, dass in Schulbüchern Antisemitismus geschürt wird. Das Entwicklungsministerium hat ja auch noch mal gesagt, dass es da jetzt noch mal sehr spezifisch draufschauen wird.

Klein: Eine andere Frage ist, die Revolutionsgarden im Iran auf eine Terrorliste zu setzen. Das ist ja auch eine Forderung. Sie werden sicher im Kontakt mit Ihrer Außenministerin sein. Steht das jetzt im Raum?

Lang: Annalena Baerbock hat sich ja schon in der Vergangenheit dafür ausgesprochen, dass die Revolutionsgarden auf die Terrorliste gesetzt werden, und das bleibt nach wie vor richtig und dafür setzen wir uns auch nach wie vor im europäischen Raum ein. Das ist eine gemeinsame europäische Entscheidung. Aber ich finde, sie gehören da ganz klar drauf, und wir sehen ja an der Situation jetzt in Israel wieder, der Iran destabilisiert dauerhaft diese Region, indem er zum Beispiel auch die Hamas finanziert. Das heißt, wir müssen sehen, dass die Reichweite des Irans über den Terror gegen seine eigene Bevölkerung hinausgeht, und deshalb ist hier eine klare Linie auch bei den Terrorlisten so wichtig, wie sie Annalena Baerbock auch vertritt.

Klein: Frau Lang, wir schauen noch mal auf die Wahlen gestern und auf die Signale an die Ampel-Parteien. Wir haben heute Morgen schon mehrfach den SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert gehört, der gesagt hat, wir sind ja nicht taub und blind, die Botschaft ist angekommen. Ziehen Sie sich den Schuh an, dass nach den Wahlergebnissen bei den Grünen, die

etwas weniger verloren haben als andere Parteien, auch Sie selbst Konsequenzen ziehen müssen als Partei?

Lang: Ich denke, nach jeder Wahl sollte man sich überlegen, welche Konsequenzen man zieht. Als Grüne haben wir auf der einen Seite stabile Ergebnisse. In einer Zeit, wo es massiven Gegenwind gibt, konnten wir uns da verankern. Auf der anderen Seite kann man damit nicht zufrieden sein, vor allem, wenn man auf die Ampel als Ganzes schaut, wo man sieht, dass es da zu Vertrauensverlusten gekommen ist, und ich glaube, da geht es jetzt sehr stark darum, wie können wir Vertrauen wieder aufbauen und vor allem zeigen, dass wir eine Kompetenz haben, um die Alltagsprobleme der Menschen zu lösen.

Klein: Haben Sie eine Antwort darauf, wie man Vertrauen oder wie Sie Vertrauen wiedergewinnen können?

Lang: Ich denke, es geht sehr stark darum, davon wegzukommen, dass hier Politik als ein Spiel des Gewinnens und Verlierens wahrgenommen wird. Diesen Eindruck hat die Ampel leider zu oft in den letzten Jahren gemacht, dass man sich eher gegenseitig Steine in den Weg legt, schaut, wer kann sich jetzt gegen den anderen durchsetzen. Wenn ich allerdings im Land unterwegs bin, dann fragen mich Bürgerinnen und Bürger ja nicht, Frau Lang, war das ein grüner Erfolg, war das ein gelber Erfolg oder war das ein roter Erfolg, sondern die fragen mich, was bedeutet das für meinen Alltag, wie werden meine Probleme, die ich hier vor Ort habe, gelöst. Dann würde ich mir wünschen, dass wir vielleicht die Steine, die wir uns manchmal in den Weg legen, langsam wieder gemeinsam abbauen, verstehen, wir können das nur gemeinsam schaffen, indem wir Kompromisse hart ausfechten, dann aber auch gemeinsam vertreten und etwas weniger auf Twitter streiten, sondern am Kabinetttisch die Sachen lösen.

Klein: Jetzt komme ich doch noch auf die Parteipolitik. Nachdem die FDP jetzt aus einem weiteren Landtag rausgeflogen ist, rechnen Sie damit, dass das Regieren noch etwas schwieriger wird unter dem Eindruck, dass sich eine Partei glaubt, da in einer gewissen Weise profilieren zu müssen, die vielleicht den anderen nicht gefällt?

Lang: Erst mal tut es mir leid, dass die FDP in Bayern rausgefallen ist. Ich hätte mir das anders gewünscht. Ich glaube, ihre Schlüsse muss sie erst mal selber daraus ziehen. Ich kann nur sagen, einfach immer mehr vom gleichen wird, glaube ich, nicht weiterhelfen, und auch die Vorstellung, dass innerhalb von einer Koalition sich auf Kosten der anderen zu profilieren

einen selbst stark macht, ich glaube, die hat sich eigentlich in den letzten Monaten nicht wirklich bestätigt.

Klein: Parteienforscher diagnostizieren auch eine Art Störung in der Kommunikation aus Berlin hinein ins Land, die als arrogant und über die Köpfe der Leute hinweg wahrgenommen werde. Fühlen Sie sich da angesprochen, was muss sich da ändern?

Lang: Ich meine, wir müssen uns auch anschauen das Ergebnis der AfD, die Ergebnisse in beiden Bundesländern, die einfach schockierend sind, die auch jedem Demokraten, jeder Demokrat*in nur Sorge machen können. Und natürlich muss sich dann jede Partei fragen, was können wir machen, um daran was zu verändern. Ich würde mir wünschen, dass wir jetzt auch nicht in Schuldzuweisungen verfallen, die Opposition ist schuld, die Regierung ist schuld, und auch nicht die einfachen Antworten, die haben wir wahrscheinlich gerade in dem Moment nicht, sondern tatsächlich wirklich zu überlegen, was können wir verändern, was können wir machen, um wiederum das Vertrauen auch in Demokratie als solche zu stärken. Ich glaube, es ist ganz wichtig, den Menschen zugewandt zu kommunizieren, vor Ort sichtbar zu sein, auch dort hinzugehen, wo es weh tut, gerade für uns als Grüne. Wir werden jetzt nicht zurückgehen in die Nische, sondern gerade, wenn es Gegenwind gibt, ausgreifen, an die Orte gehen, wo es vielleicht wenig Zustimmung im Moment gibt, dort Bündnisse schmieden. Ich glaube, das ist unglaublich wichtig, denn am Ende kann man nur Politik machen, wenn man die Menschen mag, für die man Politik macht.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.